

Bericht zum zweiten Wartburg-Gespräch: Der Euro – Eine Schicksalsfrage

vom 22. - 23. September 2012

im Hotel auf der Wartburg

22. September:

Das zweite Wartburg-Gespräch wurde von Dr. Heiner Emrich, dem Vorsitzenden im Rat des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) und des AHB-Vorstandes eröffnet. Trotz der Tatsache, dass das Thema der Veranstaltung bereits lange feststand, konnte nicht erahnt werden, welche hohe Aktualität die europäische Währung zu diesem Zeitpunkt besitzen würde. Exemplarisch dafür stand das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. September 2012 und die damit einhergehende Billigung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Zustande kam die Veranstaltung durch eine Kooperation zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV). Bei seiner Eröffnungsrede umriss Emrich daher kurz die Historie und die Grundsätze des CV. Diese sind geprägt durch Toleranz bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen Werte. *Religio, scientia, amicitia* und *patria* lauten die Prinzipien, die diesen Werten zugrunde liegen. Die inhaltliche Nähe zu der KAS ließ sodann diese fruchtbare Zusammenarbeit entstehen.

Als Vertreter der KAS sprach bei der Eröffnung Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. und Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dabei führte er aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der KAS und dem CV auf Bruno Heck zurück geht, der von 1952 bis 1958 Bundesgeschäftsführer der CDU war. Der CV und die KAS organisierten in der Folge regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen und erarbeiteten gemeinsame Standpunkte zu gesellschaftspolitischen Themen. Darüber hinaus versucht der CV seine Mitglieder dazu zu bewegen Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu übernehmen, da jede Generation neu für die Demokratie gewonnen werden muss. Diese Aufgabe gehöre auch mit zum Kern der Arbeit der KAS, so Pfeifer.

Anschließend schlug Pfeifer dann die Brücke zum Veranstaltungsthema, indem er die europäische Politik der letzten sechzig Jahre als Erfolgsgeschichte bezeichnete, deren wichtigstes Ergebnis der mittlerweile fast siebenzig Jahre lange Frieden in Europa ist. Zu diesem Frieden hat auch der Euro beigetragen, der an diesen Tagen den Mittelpunkt des Interesses bildete. Pfeifer stellte sodann das Programm vor und übergab das Wort an den Journalisten Prof. Michael Rutz, der als Moderator der Veranstaltung fungierte.

Rutz leitete zum nächsten Teil der Veranstaltung über. Er begrüßte den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsidenten des Europäischen Parlaments a.D. Dr. Hans-Gert Pöttering. In

seinem Vortrag „Währungsunion auf dem Weg zur politischen Union“ betonte Pöttering, dass die Staatsschuldenkrise in einem größeren Zusammenhang gesehen werden müsse. Dabei verwies er auf ein Zitat von Konrad Adenauer, der einmal sagte: „Man kann nicht für die Zukunft handeln, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt.“ Damit verdeutlichte er die historische Einmaligkeit, die die europäische Wertegemeinschaft an sich und dessen Erfolge darstellen, die nur möglich waren, indem man aus der kriegerischen Vergangenheit gelernt habe.

Als zentrale Erfolgsvariable dabei seien die gemeinsamen Werte Recht, Demokratie und Frieden gewesen, die diese Entwicklung erst möglich gemacht hätten. Pöttering erinnerte auch daran, dass die Einheit Deutschlands ohne die intergouvernementale Zusammenarbeit der europäischen Staaten wahrscheinlich nicht in diesem Tempo möglich gewesen wäre. Dass diese Zusammenarbeit so gut funktionierte und noch funktioniert, ist ein Resultat der gemeinsamen Werte. Folglich solle sich Europa bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise eben auf diese Werte zurückbesinnen, da sie die Stärke Europas ausmachen.

Als möglichen Lösungsweg für Europa schlug Pöttering die soziale Marktwirtschaft vor. Deren Prinzipien Eigenverantwortung, Solidarität, Subsidiarität und nachhaltiges Wirtschaften schließlich auch die deutsche Wirtschaft kennzeichnen und ihr zu Erfolg verholfen haben. Um den steigenden Staatsschulden begegnen zu können, brauche Europa daher auch eine finanzielle Union, bei der die Defizitverfahren gestrafft und Schuldenbremsen in den nationalen Parlamenten implementiert werden müssten. Der Fiskalpakt sei daher ein erster richtiger Schritt. Darüber hinaus brauche Europa einheitliche Regelungen zur Bankenaufsicht und einen europäischen Finanzminister, der die Einhaltung der finanzpolitischen Vorgaben überwacht.

Zum Ende seiner Ausführungen wies Pöttering noch einmal auf die Wichtigkeit der Werte hin. Seiner Meinung nach folgen Interessen den Werten. Besitzt jedoch eine Nation keine Werte mehr, so geht sie zugrunde. Daher ist Europa auch notwendig für die Existenz der europäischen Staaten. Heimat, Vaterland und Europa müssen heutzutage zusammen gedacht werden, da sonst Nationalismus entsteht. Dies sei nicht erstrebenswert, da die Historie schließlich gezeigt habe, dass dies zu Krieg führt.

Im anschließenden Gespräch mit dem Publikum machte Pöttering sich für eine Stärkung der europäischen Institutionen stark, nicht zuletzt da EU-Recht über nationalem Recht steht. Zwar solle die EU kein Bundesstaat werden, doch ist sie auch mehr als ein Staatenbund. Das Ziel solle folglich ein bundesstaats-ähnliches Konstrukt sein. Dafür sollen die Prinzipien des Föderalismus, wie Subsidiarität jedoch stets berücksichtigt werden.

Auf die Frage, wo denn heutzutage die begeisterten Europapolitiker seien entgegnete Pöttering, dass es eine Vielzahl von ihnen gebe. Unter anderem zählte er Bundeskanzlerin Angela

Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble, Jean-Claude Juncker, den italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti sowie den ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy auf und bescheinigte allen überzeugte Europäer zu sein.

Zum Schluss kam die Frage nach einem EU-Beitritt der Türkei zur Sprache und wie die EU in Zukunft erweitert werden könne. Pöttering warnte, dass die Politik aus der Vergangenheit und den Erfahrungen, die sie gemacht hat lernen müsse. Beispielsweise habe man Rumänien und Bulgarien zu früh in die Gemeinschaft aufgenommen, was ein Fingerzeig für weitere Erweiterungen sein müsse. Daher solle man auch bei der Integration des Balkan mit Augenmaß agieren und den Prozess nicht vorschnell zu Ende bringen. Die EU wäre bei einem überstürzten Beitritt der Türkei sowohl finanziell, als auch kulturell überfordert. Dennoch mahnte Pöttering zu einem respektvollen Umgang miteinander.

Nach einer kurzen Kaffeepause, begann der zweite Teil des Tages. Prof. Dr. Jürgen Stark, seines Zeichens ehemaliges Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank und Prof. Dr. Norbert Kleinheyer, Verbandsgeschäftsführer des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, sprachen zum Thema „Europäische Währungs- und Finanzpolitik“.

Den Anfang machte Prof. Stark, der betonte, dass der Grad der Integration auf der Währungsebene am stärksten ist. Die Wurzel der Staatsschuldenkrise sei die globale Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Lehmann-Pleite von 2008 gewesen. Diese habe langfristige Folgen gehabt und ist immer noch nicht vorbei. Das EU-spezifische Problem ist jedoch die Explosion der Staatsschulden in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, da die EU-Länder sich enorm verschulden mussten, um ihre Bankensektoren zu retten. Dabei waren manche Bankensektoren zu groß um sie zu retten, wie es bei der Republik Irland der Fall war.

Laut Stark war aber noch ein weiteres Problem innerhalb der Währungsunion vorhanden. Innerhalb der Eurostaaten machte sich ein Ungleichgewicht breit, da einige Länder über ihre Verhältnisse gelebt hätten und der Euro davor geschützt habe sich neuen gesamtwirtschaftlichen Umständen anzupassen. Allerdings waren auch die wirtschaftspolitischen Instrumente auf nationaler Ebene durch die Währungsunion stark begrenzt. Hinzu kam ein Konstruktionsfehler im institutionellen Rahmen der EU. Der Maastricht-Vertrag war zwar ein solides Konzept, jedoch verblieb die wirtschaftspolitische Kompetenz komplett auf der nationalstaatlichen Ebene. Allerdings ist dieser Konstruktionsfehler auch ein Fehler in der Umsetzung der Maastricht-Kriterien. Der Rechtsbruch begann nämlich mit Deutschland und Frankreich, die die Neuverschuldungsgrenze von drei Prozent nicht mehr einhielten genauso wie die Obergrenze des Gesamtschuldenstandes bis zu sechzig Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP).

Zur Rettung finanziell angeschlagener Staaten wurde sodann ein weiteres ursprüngliches

Prinzip missachtet. Die No-Bale-Out-Klausel des Art. 125 AEUV soll sicherstellen, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer haften oder aufkommen muss. Mit den europäischen Rettungsschirmen wurde jedoch dieses Prinzip übergangen, allerdings durch eine einfache Regierungsvereinbarung, die keine Veränderung der europäischen Verträge zur Folge hatte, da dies zu langwierig gewesen wäre.

Prof. Stark plädierte dafür, dass die Möglichkeit hergestellt werden muss, dass einzelne Staaten die Währungsunion verlassen können, auch damit der derzeitige Stand der Integration gesichert bleibt. Und solange es einen Konsens zwischen Berlin und Paris gäbe, werden die EU und der Euro nicht zusammenbrechen, versicherte Stark.

Für die Überwindung der aktuellen Krise sei eine Rekapitalisierung und Rekonsolidierung der Banken notwendig. Dabei solle die Politik auch endlich das Tabu brechen, dass Banken nicht Pleite gehen dürfen. Dies stelle schließlich eine natürliche Marktberreinigung dar. Als Beispiel führte Stark die USA an, wo seit 2008 über neunzig Banken bereits den Markt verlassen haben.

Zum Schluss machte Stark deutlich, dass Währungen heutzutage nicht mehr an Gold oder Rohstoffe gekoppelt seien, sondern die Stabilität nur noch von der Glaubwürdigkeit einer Zentralbank abhängig sei und diese Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank gesichert werden muss.

Prof. Dr. Kleinheyer präsentierte zu Beginn seines Vortrags einige Zahlen zu aktuellen Umfragewerten, die sich auf die Staatsschuldenkrise bezogen, um daran anschließend darauf aufmerksam zu machen, dass ein Land nicht mit Umfragewerten regiert werden kann. Vielmehr solle die Politik mehr darauf achten, politische Entscheidungen der Öffentlichkeit auch zu erklären.

Mit der Einführung des Euro wollte man damals das Spekulieren gegen kleine Währungen beenden, die oft enorme Kursschwankungen zur Folge hatten. Als Sicherungsmechanismen wurden die Neuverschuldungsgrenze von drei Prozent und die Gesamtschuldengrenze von sechzig Prozent des BIP eingebaut, um der neuen Währung Stabilität zu verleihen. Mit der Missachtung dieser Maastricht-Regeln begann auch das Misstrauen auf den Finanzmärkten, dass im Zuge der steigenden Staatsschulden verschärft wurde. Selbst die Vielzahl der finanziellen Hilfsprogramme konnte das Vertrauen der Märkte nicht zurückgewinnen oder gar die Krise beenden.

Kleinheyer sah überdies den Grundsatz „too big to fail“ – nach dem systemrelevante Banken oder Staaten nicht insolvent gehen dürften, da es die Volkswirtschaft mehr kosten würde, als deren Rettung – als unerträglichen Zustand. Das Problem liege darin, dass die Staaten auf die Entwicklungen auf den Finanzmärkten nur reagiert haben, anstatt zu agieren und ihnen einen optimalen Rahmen zu setzen.

In der Folge sprach sich Kleinheyer gegen eine Bankenunion aus, da dadurch Sparer,

Steuerzahler und Rentner der stabilen Länder als Verlierer dastehen würden. Des Weiteren würde dieses Konstrukt Zwietracht zwischen Nehmer- und Geberländern, also auch zwischen Nachbarstaaten befördern. Eine Bankenunion würde bedeuten, dass die nationale durch eine europäische Bankenaufsicht ersetzt werden würde und eine schärfere Aufsicht über die Finanzinstitute durchführen würde. Insbesondere die institutionelle Form dieser Bankenunion kritisierte Kleinheyer, die bei der EZB angesiedelt und dem Europäischen Parlament Rechenschaft schuldig sein sollte. Kleinheyer entgegnete dem, dass es gewinnbringender wäre, wenn die Bankenunion einem wie auch immer gearteten europäischen „Finanzminister“ unterstellt sein sollte.

In seiner Schlussbemerkung betonte Kleinheyer, dass es einen breiten Konsens und breiter Zustimmung bedarf, damit die Währungs- und Fiskalunion gelingen und die Staatsschuldenkrise bewältigt werden könne.

Die erste Frage der Diskussionsrunde widmete sich den Kosten, mit denen zu rechnen sei, wenn ein Staat aus der Währungsunion ausscheiden würde. Prof. Dr. Stark antwortete darauf, dass im Frühjahr 2010 die Ansteckungseffekte für andere europäische Staaten noch sehr gering gewesen wären, wäre Griechenland zu dem Zeitpunkt ausgeschieden. Heutzutage würden sich die Kosten für ein Ausscheiden Griechenlands auf 300 Milliarden Euro belaufen – die gleichen Kosten würden laut Ifo-Institut bei einem Verbleib Griechenlands entstehen. Dabei würden auf Deutschland Kosten von 80 Milliarden Euro zukommen. Prinzipiell plädierte Stark dafür, dass es möglich sein muss für einen Staat aus der Währungsunion auszuschneiden. Denn dadurch würden sich für den Staat neue Freiheiten und wirtschaftspolitische Optionen ergeben.

Stark gab weiter zu bedenken, dass politische Entscheidungen auf europäischer Ebene die verschiedenen Politiken und Kulturen der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen haben. Die Politik muss also Diskussionen führen und überzeugen, damit die jeweiligen Vorstellungen auch durchgesetzt werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergriff der irische Botschafter Daniel Gerard Mulhall das Wort und schilderte die Perspektive Irlands. Dabei verwies er darauf, dass die irische Regierung viele Maßnahmen ergriffen und umgesetzt hat, wodurch das Vertrauen sowohl der Bevölkerung, als auch der Finanzmärkte wiedergewonnen werden konnte. Stark lobte daraufhin Irland als vorbildliches Krisenland. Gleichzeitig kritisierte er, dass der Euro angetreten war, um den stabilsten Währungen Europas, wie der D-Mark und dem Schilling zu folgen. Der Euro sollte von der Stabilität nicht den Durchschnittswert aller europäischen Währungen haben.

Zum Ende der Diskussion erneuerte Kleinheyer seine Kritik zur europäischen Bankenaufsicht. Diese sei bei allein 6000 Kreditinstituten in Deutschland schwer praktikabel und ineffektiv, zudem würde es nur die Bürokratie erhöhen. Es würde reichen, so Kleinheyer, die

Bankenaufsicht auf wenige, aber dann auf die wichtigen Kreditinstitute zu konzentrieren.

Abgerundet wurde der Tag mit einem festlichen Abendessen mit musikalischem Rahmenprogramm, bei dem man einiges über die Historie der Burschenschaften im Allgemeinen und dem CV im Besonderen lernen konnte.

23. September:

Krankheitsbedingt musste der für Sonntag früh geplante Gottesdienst leider ausfallen. Somit stiegen die Teilnehmer sofort in die „Europäische Wirtschaftspolitik“ als nächstes Thema ein. Der erste Referent war Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl a.D. und Vorsitzender des Stahlinstitut VDEh a.D. Ameling trat dafür ein, dass sich Deutschland mehr für eine europäische Zusammenarbeit bei der Energie- und Wirtschaftspolitik einsetzen sollte, da es sich langfristig keine allein nationalstaatliche Energie- und Wirtschaftspolitik leisten kann. Exemplarisch präsentierte Ameling Statistiken, nach denen Deutschland vom derzeitigen Platz fünf auf Platz neun im Jahr 2050 der zehn größten Länder gemessen am BIP zurückfallen wird. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland beim BIP-Wachstum auf Platz vier.

Die Höhe des BIP und das Wachstum des BIP sind international vor allem im asiatischen Raum am stärksten. Daher braucht Europa eine einheitliche Wirtschaftspolitik und Sprache in der Wirtschaft, um einen Gegenpol gegenüber den asiatischen Märkten zu bilden.

In der Energiepolitik sollte Deutschland dagegen aufhören sich als Oberlehrer aufzuführen und lieber den Konsens und eine gemeinsame Strategie mit den europäischen Staaten suchen. Nach Ameling ist beispielsweise die Sonneneinstrahlung und nicht der CO₂-Ausstoß für den Klimawandel verantwortlich, wodurch europäische Regelungen zum CO₂-Ausstoß, wie von Deutschland gefordert, überflüssig wären. Weiter sah er die Förderung der Solarenergie in Deutschland kritisch, da sich die Sonneneinstrahlung in der nördlichen Hemisphäre stark in Grenzen hält. Des Weiteren würde Wasserstoff als alternative Energiequelle einen schlechten Wirkungsgrad besitzen.

Alles in Allem führen die energiepolitischen Maßnahmen nur zu einer Verteuerung der Strompreise. Transport und Vertrieb des Stroms machen mittlerweile 54% des Strompreises aus. Vielmehr muss auf europäischer Ebene ein Konsens in der Energiepolitik gefunden werden, um ineffektive Maßnahmen zu verhindern und die Strompreise nicht unnötig in die Höhe zu treiben.

Im Anschluss sprach Prof. Dr. Christian Calliess, der an der Freien Universität Berlin eine Professur für Öffentliches und Europarecht inne hat. Wie all seine Vorredner trat Calliess dafür ein, dass

Deutschland gemeinsam mit der EU die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen muss. Staat und EU handeln zwar im Verbund, jedoch ist dieses Handeln noch ungenügend. So ist die Währungspolitik zwar bei den Institutionen der EU angesiedelt, die Wirtschaftspolitik wird dagegen weitgehend von den einzelnen Mitgliedstaaten gemacht. Auf europäischer Ebene werden die einzelnen Wirtschaftspolitiken lediglich koordiniert.

Diese Kompetenztrennung sah Calliess als Problem, da die Wirtschaft die Währungsstabilität beeinflusst. Durch die Währungsunion sind die Instrumente der Nationalstaaten begrenzt auf wirtschaftliche Krisen zu reagieren. Zudem meinte Calliess, dass das Verfahren zur Überwachung der Haushaltsdefizite daran leidet, dass es nicht angewendet wird. Darüber hinaus gäbe es keinen Anreiz für die Mitgliedstaaten präventiv zu handeln, bei zu hohen Staatsschulden. Daher plädierte Calliess für materielle Zuständigkeiten auf der EU-Ebene bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken. Denn bisher treffen die Regierungen wirtschaftspolitische Entscheidungen und das Europäische Parlament wird lediglich davon unterrichtet. Dieses Prozedere krankt jedoch daran, dass die zwischenstaatliche Koordinierung lediglich unverbindliche Handlungen zur Folge hat. Daher wäre eine Kompetenzübertragung auf europäische Institutionen notwendig, um die europäische Währungspolitik mit verbindlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu flankieren, so Calliess.

Um der aktuellen Staatsschuldenkrise zu begegnen, brachte Calliess als Vorschlag einen „Stabilitätskommissar“ ins Spiel. Dieser Stabilitätskommissar solle die verschuldeten Staaten überwachen und sorgt für die Durchsetzung der Stabilitätskriterien zur Haushaltskonsolidierung. Damit verbunden wäre eine Kompetenzabgabe, sobald ein Staat den Rettungsschirm in Anspruch nehmen sollte. Gleichzeitig warf Calliess das Problem der Budgethoheit der Nationalstaaten auf, was ein Kernbereich der staatlichen Souveränität ist. Eine Übertragung dieser Hoheit wird realpolitisch mit hoher Wahrscheinlichkeit an der Mehrheitsbeschaffung scheitern, die zur notwendigen Vertragsänderung nötig wäre. Daher sieht Calliess als möglichen Weg nur eine Konsequenz: eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten.

In der Diskussion wurde als erstes Calliess letzter Punkt aufgegriffen und gefragt, ob denn eine Intensivierung des Unverbindlichen sinnvoll sei. Calliess führte an, dass diese Solidarität gegeben sein muss, jedoch unter der Prämisse der Solidität der anderen Mitgliedsstaaten. Denn ein größerer Schritt zu einem stärker föderativen Verbund, sei nötig. Dabei müssen allerdings auch die Bürger mitgenommen werden, mahnte Calliess. Er führte jedoch auch an, dass es kein Patentrezept für die Beendigung der Staatsschuldenkrise gäbe. Doch bleibt festzuhalten, dass Deutschland sich wirtschaftlich global nur mit Europa und dessen Werten behaupten kann.

Den Abschlussimpuls gab der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß zum Thema „Europa, Deutschland, Thüringen – Finanzpolitische Perspektiven 2020“. Zu Beginn erläuterte Voß noch einmal den Weg zum Euro und erklärte die im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen Stabilitätskriterien. Er kritisierte die Aufweichung der Stabilitätskriterien durch die Regierung Schröder, womit der Stabilitätspakt faktisch ausgehebelt wurde. Aktuell steht die Verschuldung Deutschlands bei 83 Prozent des BIP. Der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble angestrebte ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung ist im Sinne des Fiskalpaktes nur ein erstes Minimalziel.

Die Bundesländer sind von dem Fiskalpakt ebenfalls betroffen, mehr als es manchem bewusst zu sein scheint. So muss Thüringen beispielsweise seine Haushaltskonsolidierung stark vorantreiben, da dem Freistaat bis 2020 eine Milliarde Euro fehlen werden. Darüber hinaus müssen die Bundesländer dabei mithelfen den Fiskalpakt einzuhalten, da der Bund das nicht alleine leisten kann.

Das Schlusswort der zweitägigen Veranstaltung hatte dann der Vorortpräsident und Vorsitzende des CV-Studentenbundes Michael Widok. Dabei resümierte er die Tagung und stellte gewonnene Erkenntnisse und Ergebnisse noch einmal heraus. Schließlich bedankte er sich bei allen Referenten und allen an der Organisation beteiligten Personen.

Markus Ruschke